

Zusammenfassung

Debatten über die zukünftige internationale Ordnung sind häufig abstrakt. Mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine hat der russische Präsident Vladimir Putin den Konflikt zwischen unterschiedlichen Ordnungsvisionen jedoch zu einer brutalen und tödlichen Realität werden lassen. Liberalen Demokratien ist die Herausforderung durch autokratische Revisionisten deutlich bewusst geworden, und sie haben erste wichtige Schritte unternommen, um dieser zu begegnen. Damit sich liberal-demokratische Prinzipien aber auch langfristig gegen autokratische Prinzipien durchsetzen, müssen Demokratien ihre Vision der internationalen Ordnung weiterentwickeln und stärker für diese einstehen. Eine erneuerte liberale, regelbasierte Ordnung muss in dieser Ära des erbitterten Systemwettbewerbs nicht nur die Resilienz demokratischer Systeme stärken. Sie muss auch attraktiver für die breitere internationale Gemeinschaft werden, indem legitime Kritik an der bestehenden Ordnung und andere Anliegen, insbesondere aus dem „Globalen Süden“, mehr Berücksichtigung finden.

Am 24. Februar 2022 griff Russland nicht nur die Ukraine an, sondern auch die Grundprinzipien der Nachkriegsordnung. Der brutale und grundlose Krieg hat bereits zehntausende ukrainische Zivilisten das Leben gekostet, Millionen zur Flucht aus ihrer Heimat gezwungen und hunderte Milliarden Euro Schaden angerichtet. Der Versuch einer autokratischen Macht, die staatliche Souveränität einer benachbarten Demokratie zu zerstören, ist allerdings nicht das einzige Zeichen, dass autokratischer Revisionismus zunimmt. Chinas stillschweigende Unterstützung Russlands, seine Versuche eine Einflussosphäre in Ostasien zu schaffen und grundlegenden Bemühungen, eine autokratische Alternative zur liberalen, regelbasierten Ordnung zu etablieren, stehen sinnbildlich für die tiefgreifende Herausforderung der bestehenden Ordnung durch autokratische Staaten. Laut des Munich Security Index 2023 ist der Systemwettbewerb zwischen

Demokratien und Autokratien für die Befragten auch die aktuell wichtigste Bruchlinie der internationalen Politik.

Die Relevanz der Trennlinie zwischen Demokratien und Autokratien variiert jedoch je nach Politikfeld. Ob ein Land demokratisch oder autokratisch verfasst ist, ist zudem nicht der einzige Faktor, der seine Haltung im Wettbewerb über die zukünftige internationale Ordnung prägt. Viele afrikanische, lateinamerikanische und asiatische Regierungen haben sich nicht der offenen Kritik an Russlands Angriffskrieg angeschlossen. Mächtige Autokratien sind augenscheinlich nicht die einzigen Akteure, die mit den herrschenden Normen und Institutionen unzufrieden sind. Die reine Verteidigung des Status Quo wird daher nicht ausreichen, um autokratischen Revisionismus einzudämmen.

Menschenrechte ([Kapitel 2](#)) sind ein zentraler Streitpunkt im wachsenden Systemwettbewerb. China, unterstützt durch Russland, führt den Widerstand gegen die universellen Menschenrechte und jene Mechanismen an, die zu ihrer Verteidigung geschaffen wurden. Pekings alternative Vision ist es, eine Welt zu schaffen, in der Regierungen, die ihre eigenen Bevölkerungen unterdrücken, wenig zu befürchten haben. Dafür versucht China international unter anderem, Kollektivrechten, definiert und durchgesetzt durch den jeweiligen Staat, Vorrang gegenüber individuellen bürgerlichen und politischen Freiheiten einzuräumen. Unstimmigkeiten in Menschenrechtsfragen treten allerdings auch zwischen und innerhalb von Demokratien auf. Angesichts ihrer Erfahrungen mit westlichem Kolonialismus und Imperialismus sehen viele nicht-westliche Demokratien Eingriffe in staatliche Souveränität, die im Namen des Schutzes von Menschenrechten geschehen, deutlich kritischer.

Der Systemwettbewerb zeigt sich auch im Bereich globaler Infrastrukturen ([Kapitel 3](#)). Demokratien und Autokratien wetteifern darum, physische Infrastruktur an verschiedenen Orten der Welt nach Ihren Prinzipien zu prägen. China steht an der Spitze einer Gruppe von Staaten, die eine alternative autokratische Vision für die digitale Infrastruktur verfolgt. Die transatlantischen Partner hingegen nähern sich nur langsam einer gemeinsamen Vision für eine offene digitale Infrastruktur an. In Bezug auf die Handelsinfrastruktur sind die Konfliktlinien weniger eindeutig. Viele Regierungen sehen wirtschaftliche Interdependenzen als Risiko, aber auch als Instrument, andere Staaten unter Druck zu setzen. Infolgedessen werden Handelsbeziehungen immer stärker von einer

sicherheitspolitischen Logik geprägt, und immer mehr einflussreiche Staaten bedienen sich protektionistischer Maßnahmen. Eine neue Vision für eine globale Handelsinfrastruktur, die Wohlstand und Resilienz in Einklang bringt, ist bisher nicht in Sicht.

Auch die Entwicklungszusammenarbeit ([Kapitel 4](#)) wird nicht vom Systemwettbewerb verschont. Klimafinanzierung sowie Gesundheits- und Ernährungssicherheit sind zentrale Politikfelder, in denen verschiedene Narrative für eine wünschenswerte Entwicklungspolitik kollidieren. China vertritt sein eigenes, angeblich bedingungsloses, Entwicklungsmodell als Alternative zum amerikanischen und europäischen Modell, das auf die Förderung von Demokratie, Rechtstaatlichkeit, offenen Märkten und Transparenz setzt. Obwohl Chinas Modell in vielen Entwicklungsländern auf Resonanz stößt, hat dies mitunter weniger mit dessen Anziehungskraft zu tun als mit dem Mangel an Alternativen und der Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung, die den Bedürfnissen vieler Entwicklungsländer nicht gerecht wird.

Selbst wenn die Energieordnung keineswegs ausschließlich durch die Bruchlinie zwischen Demokratien und Autokratien geprägt ist, so folgt sie doch immer stärker geopolitischen statt wirtschaftlichen Erwägungen ([Kapitel 5](#)). Russlands Missbrauch seiner fossilen Brennstoffexporte zu machtpolitischen Zwecken hat liberalen Demokratien die Gefahren verdeutlicht, die mit der Abhängigkeit von Autokratien einhergehen. Die transatlantischen Partner müssen jetzt sicherstellen, dass ihre Bemühungen, sich von Russland unabhängig zu machen, nicht neue Abhängigkeiten von anderen Autokratien generieren – sei es von China (mit Blick auf kritische Rohstoffe) oder Katar (mit Blick auf Gas).

Revisionistische Autokratien fordern auch die bestehende nukleare Ordnung heraus ([Kapitel 6](#)). Russlands nukleares Säbelrasseln im Zuge des Angriffskrieges auf die Ukraine hat auf der ganzen Welt Besorgnis ausgelöst. China investiert massiv und intransparent in seine nuklearen Fähigkeiten und sowohl Nordkorea als auch Iran stellen die nukleare Ordnung infrage. Im Zuge einer sich zusehends verschlechternden globalen Sicherheitslage haben demokratische Nuklearmächte ihr Bekenntnis zur nuklearen Abschreckung bekräftigt, während sich die Aussichten auf weltweite Abrüstung zunehmend verschlechtern. Mangelnde Abrüstungsbemühungen wiederum haben zu Frustration in vielen Teilen der Welt geführt – insbesondere im „Globalen Süden“, wo

viele Länder eine andere Vision für die nukleare Ordnung verfolgen.

Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen verschiedener Länder sind sich in diesen Tagen häufig uneins. Sie teilen jedoch den Eindruck, dass sich die Welt in einer kritischen Phase befindet, in der wichtige Weichen für die zukünftige internationale Ordnung gestellt werden. Obwohl es autokratischer Revisionismus ist, der die Erinnerung an das Jahr 2022 dominiert, hat das letzte Jahr auch gezeigt, dass erfolgreicher Widerstand gegen Autokratien möglich ist und dass liberale Ideen immer noch in der Lage sind, Menschen zu inspirieren. Die außergewöhnliche Resilienz und Entschlossenheit des ukrainischen Volkes, nicht zuletzt belegt im Munich Security Index 2023 ([Spotlight Ukraine](#)), hat liberale Demokratien wachgerüttelt und demokratisch geprägten Organisationen neues Leben eingehaucht. Demokratische Staaten müssen dieses Momentum jetzt nutzen, um die liberale, regelbasierte Ordnung zu erneuern. Wenn es ihnen gelingt, Länder besser einzubinden, die bisher wenig Mitspracherecht hatten, und dafür zu sorgen, dass die bestehende Ordnung allen gleichermaßen zugutekommt, könnte die Ordnung wieder neue Unterstützer finden und aus der Krise gestärkt hervorgehen. Sollte der gegenwärtige revisionistische Moment tatsächlich zu einer Erneuerung der liberalen, regelbasierten Ordnung führen, wäre dies ganz entscheidend Präsident Volodymyr Selenskyj und dem ukrainischen Volk zu verdanken.